Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6553 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr. [Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Sechsunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 20. **Halle a. d. Saale, Montag, den 13. Januar** **1902.**

Von jenseits des Kanals.

Die Vorgänge in der Freitags-Sitzung des Reichstages, die jedem parlamentarischen Brauch Hohn sprechenden Schimpfereien des antisemitischen Abg. Liebermann v. Sonnenberg gegen England, haben, wie leicht denkbar, neues Oel in das Feuer gegossen, das in England gegen Deutschland aufzulodern begonnen hat. So begreiflich die Entrüstung ist, die ob der Liebermann'schen Ausfälle in England herrscht, so unverständlich ist es, daß einige der leitenden Blätter auch mit der Zurückweisung, die Graf von Bülow dem genannten Redner sofort zu theil werden ließ, sich unbefriedigt erklären. Es tritt da wieder die bedauerliche Erscheinung zu Tage, allen Aussprüchen der leitenden Staatsmänner eine gezwungene und böswillige Deutung zu geben, was selbstverständlich hüben und drüben die eingerissene Verbitterung nur erhöhen kann und thatsächlich droht, die Beziehungen zwischen beiden Nationen ernstlich zu stören.

Die „Times" geht so weit in der ungerechten Beurtheilung der Rede des Grafen von Bülow, die auf Mr. Chamberlain Bezug hatte, daß sie die Aeußerungen des Reichskanzlers geradezu für die Ausfälle des Herrn Liebermann von Sonnenberg verantwortlich macht, der im Auftreten des leitenden Staatsmannes eine Ermuthigung gefunden haben müsse, von der Tribüne des Parlaments der britischen Nation jene Beleidigungen und Verleumdungen entgegen zu schleudern, die schon seit Monaten die Spalten der deutschen Zeitungen geschändet haben. „Selten, wenn überhaupt jemals," so fährt die „Times", wie schon am Sonnabend telegraphisch kurz mitgetheilt wurde, fort, „ist eine befremdete Nation in einem fremden Parlamente so gröblich insultirt und nie, so lange wir uns erinnern können, so kraß beleidigt worden, noch nie aber wurde eine Beleidigung von dem Vertreter einer befremdeten Macht, die gute Beziehungen zu unterhalten vorgiebt, in so milder Weise zurückgewiesen, als dies seitens des Grafen von Bülow Herrn Liebermann von Sonnenberg gegenüber geschehen ist. Alles, was der Reichskanzler, der höchststehende Vertreter seines Souveräns, der selbst der britischen Armee als Feldmarschall angehört, und der den britischen Höchstkommandirenden mit dem höchsten Orden ausgezeichnet hat, zu sagen wußte, war, nachdem die britische Armee als eine „Bande von Dieben und Raubgesindel" bezeichnet worden, daß darunter auch Männer seien, die zu sterben wissen. Was wir von dem Minister eines befremdeten Staates zu verlangen ein Recht haben, ist eine ungeschminkte Zurückweisung der verleumderischen Behauptungen, die den Soldaten der britischen Armee ins Gesicht geschleudert werden. Trotzdem sind wir bereit, dem Reichskanzler zuzugestehen, daß er diese Zwischenfälle aufrichtiger bedauert, als er gerathen findet, öffentlich zu äußern. Ueber den Werth der Berichte in einem gewissen Theile der deutschen Presse müsse sich der Graf von Bülow klar sein. Wenn er sich aber ein Urtheil über den Charakter der britischen Soldaten bilden wolle, so könnte man thn auf die in der „Finanz-Chronik", einem deutschen Blatte, von einer ausgesprochen burenfreundlichen deutschen Dame aus dem Transvaal veröffentlichten Briefe verweisen, die „Tommy Atkins" das beste Zeugniß ausstellt und die über thn veröffentlichten Ungeheuerlichkeiten geradezu als Tendenzlügen bezeichnet. Wir müssen aber offen und nachdrücklich erklären, daß die Grenze der britischen Geduld und Nachsicht überschritten werden würde, wenn Graf v. Bülow glaubt, daß er die Freundschaft dieses Landes erhalten und zu gleicher Zeit den Rock des Königs dazu benützen könne, an thm seine Füße abzuwischen."

Der „Standard" ist mit der Erwiderung des Reichskanzlers gleichfalls nicht zufrieden, und er tadelt den Grafen v. Bülow namentlich deswegen, daß er Herrn v. Liebermann nicht auch über die gröbliche Beleidigung des Herrn Chamberlain zurechtgewiesen habe. Der deutsche Reichskanzler dürfe nicht glauben, daß man thm gestatten werde, einen Unterschied zwischen der Nation und dem Minister der Krone zu machen, so daß er die Beleidigung des letzteren durch unklare Höflichkeiten gegen die erstere gut machen könne. Das englische Volk sei noch nicht daran gewöhnt, seinen Führer so leichthin über Bord zu werfen, wie der Reichskanzler anzunehmen scheine, und die Nation würde jetzt nicht damit anfangen, es zu thun, wo es ganz offenbar sei, daß der Kolonialminister nur deswegen angegriffen werde, um jenen Deutschen einen Gefallen zu erweisen, die England hassen.

Der „Daily Chronicle" meint, daß man sich dem Grafen von Bülow für die Art und Weise der Zurückweisung der Angriffe des Herrn von Liebermann nicht zu besonderem Danke verpflichtet fühlen werde. Es sei leicht verständlich, daß der Reichskanzler ob der Grobheiten, die Herr Liebermann zum Besten gab, ärgerlich war. Seine eigene Methode, den Anglophoben zu Gefallen zu sein, sei unstreitig feiner, aber es sei fraglich, ob sie darum weniger anstößig genannt werden könne.

Die Wochenblätter nehmen in der Form eine sehr viel gemäßigtere und würdigere Haltung ein als die Tageszeitungen, freilich wagt es so recht niemand, dem Strom der öffentlichen Erregung entgegenzuhalten. Herr Chamberlain bekommt hier und da von einem radikalen Gegner einen kleinen Rippenstoß, darum wird aber doch lustig in derselben Stimmung gegen Deutschland geeifert. So meint die „Saturday Review" beispielsweise, es sei bedauerlich, daß Graf von Bülow seine bisherige Reputation als ein Staatsmann von Energie und Geschick nicht besser gewahrt habe und stellt sein Auftreten in unversöhnlichen Gegensatz zu den Bemerkungen des neuen Botschafters in London, Grafen Metternich. Dann kommt das Wochenblatt auf die vom Grafen von Bülow in seiner Rede umrissene Weltpolitik des Deutschen Reiches zu sprechen und meint, die Art, wie der deutsche Kanzler in der Eile die Gestaltung einer deutschen Weltpolitik vormalte, entbehrte nicht eines gewissen großen Zuges. „Es ist oft genug und mit großer Entschiedenheit vom Kaiser schon angedeutet worden, daß es im wesentlichen Südamerika sei, wo deutsche Expansion die besten Aussichten habe. Wenn das zutrifft, so erscheint die harsche Thorheit des Grafen von Bülow in seinen Aeußerungen über England und Mr. Chamberlain noch taktloser. Es giebt keinen Verbündeten der in jenem wichtigen Theile der Welt irgend etwas nützen könnte, außer England." Die Tendenz dieses neuen Versuches, amerikanische Empfindlichkeit aufzuwecken, ist ja durchsichtig und verbraucht. Uebrigens wird fast in allen Blättern heute an irgend einer Stelle und in irgend einem Zusammenhang wieder der Nutzen einer englisch-russischen Annäherung und eines freundschaftlichen Verhältnisses mit Frankreich gepredigt. Das gehört eben zu der Campagne gegen Deutschland, so wie die Thräne zur harten Zwiebel.

Recht gelegen in ihrem Feldzug gegen Deutschland dürfte der englischen Hetzpresse eine „Entdeckung" kommen, die der Berliner Korrespondent der Pariser Ausgabe des „New York Herald" über den wahren Grund der Feindseligkeit der deutschen Presse gegen England in der Burenfrage gemacht hat. Sie ist wahrhaft verblüffend, denn es ist nicht die Sympathie für einen kleinen, schwachen, niederdeutschen Volksstamm, der sich mit bewundernswerthem Heroismus gegen die Vergewaltigung durch ein mächtiges Weltreich wehrt und alles opfert, um sich seine nationale Selbständigkeit zu erhalten, nicht die moralische Entrüstung mit den erbärmlichen Schiebungen, die, wie man sich in Deutschland überzeugt hält, zu dem Kriege geführt haben, der nur auf die Eroberung neuer werthvoller Ländergebiete und die Unterdrückung der Buren hinausläuft, nein, solche aus der besseren Natur des Menschen fließende Beweggründe sind, nach dem Urtheil des genannten Korrespondenten, dem Deutschen fremd. Was die Organe der deutschen öffentlichen Meinung bewogen hat, für die Buren Partei zu ergreifen und England anzugreifen, ist die mit dem Transvaalgolde freigebige Hand des Herrn Dr. Leyds! So versichert wenigstens der „New York Herald" und macht es damit plausibel, daß er von der deutschen Presse behauptet, sie sei bettelarm und geldgierig und der Bestechung leicht zugänglich. Die deutschen Zeitungsschreiber verdienten dabei nicht genug, um leben zu können, und es sei darum außerordentlich leicht, in Deutschland eine publizistische Campagne in Scene zu setzen. Der halbverhungerten deutschen Presse sei darum die Ankunft des Präsidenten Krüger mit seinen aus dem Transvaal entführten Millionen als ein wahrer Segen vom Himmel erschienen. In Berlin habe aber Dr. Leyds einen etwas schwereren Standpunkt gehabt, da er die Besicherung geben mußte, daß es sich nicht nur um eine einmalige Gabe handle, sondern daß die Subvention von Dauer sein werde. Als einmal das Gold ausblieb, sei auch sofort die Hetze gegen England zum Stillstand gekommen. Der letzte Besuch des Dr. Leyds habe auch nur der neuerlichen Bestechung der Presse gegolten und habe auch den Zweck der abermaligen schamlosen Hetze gegen England vollständig erreicht.

Es spricht gerade nicht für die Ehrenhaftigkeit eines Theils der englischen Presse, daß sie sich diese Auslassungen zu nutze macht, um die öffentliche Meinung über die wahren Ursachen der in Deutschland zum Durchbruch gekommenen Bewegung irrezuleiten. An der Spitze der Blätter, die diese Insinuationen vortragen, steht der „Daily Chronicle", der in der ganzen Burenfrage bekanntlich die allerpessirlichsten Changements vornahm. Dieses Blatt meint, die Englandhetze in der deutschen Presse werde eine glänzende Vereinsamung Deutschlands zu Wege bringen und sei um so widerwärtiger, als sie nur in die Wege geleitet sei, um die eigene Tasche zu spicken. Wie kommt es aber, darf man fragen, daß der „Daily Chronicle" nicht den Muth findet, Leute wie Mr. Stead, Dr. Clark, Mr. Lloyd-George, Herrn Labouchere und selbst auch den liberalen Führer, Sir Henry Campbell-Bannerman, die alle die schwersten Anklagen gegen die britische Armee erhoben haben und den Krieg und die barbarische Art, wie er geführt wird, verdammen, nicht auch zu beschuldigen, von Dr. Leyds bestochen zu sein? Der Grund ist einfach der, daß diese Herren in London klagbar werden und schwere Schadensersatzsummen für solche Verleumdungen verlangen könnten. Der deutschen Presse gegenüber weiß man sich aber sicher und da wird frisch darauf losgelogen, um die Bedeutung der Entrüstung, die nicht nur das deutsche Volk, sondern ganz Europa erfaßt hat, abzuschwächen.

dc.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser hat an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ein in englischer Sprache abgefaßtes Telegramm gerichtet, das in deutscher Uebersetzung, wie folgt, lautet:

„An den Präsidenten der Vereinigten Staaten,
Washington.

Sehr dankbar für Ihre freundliche Zustimmung zur Vollziehung der Taufhandlung beim Stapellauf Meiner Yacht durch Miß Roosevelt, ist es Mir eine große Freude, Ihnen anzukündigen, daß Ich die Ueberfahrt Meiner Yacht „Hohenzollern" und ihre Anwesenheit bei der Feierlichkeit befohlen habe. Mein Bruder, Admiral Prinz Heinrich von Preußen, wird als Mein Vertreter erscheinen, sich dort mit Meiner Yacht treffen und wird Gelegenheit haben, Ihnen nochmals Meine aufrichtigen Gefühle der Freundschaft für die Vereinigten Staaten und deren ausgezeichnetes Oberhaupt auszudrücken.

Wilhelm I. R."

Hierauf ist folgende telegraphische Antwort des Präsidenten in deutscher Sprache eingegangen:

„Euerer Majestät Absicht, Ihre Yacht „Hohenzollern" herüberzuschicken, um beim Taufen Ihrer neuen Yacht durch meine Tochter anwesend zu sein, ist mir sehr erfreulich und befriedigend, und ich versichere Sie eines herzlichen Willkommens Ihres Bruders Admiral Prinz Heinrich, dem ich dann das aufrichtige Gefühl meiner Hochachtung Euerer Majestät, sowie meine besten Wünsche für die Wohlfahrt des deutschen Volkes persönlich aussprechen werde.

Theodore Roosevelt."

Sozialdemokratische Anträge in der Zolltarif-Kommission.

Die Verhandlungen der zur Vorberathung des Zolltarifentwurfs eingesetzten Kommission dürften in den nächsten Tagen schon einen Vorgeschmack davon geben, welche Unsumme von Zeit und Arbeit es kosten wird, ehe der Entwurf wieder an das Plenum zurückgelangen kann. Seitens der Sozialdemokraten ist die Offensive bereits ergriffen worden durch das Einbringen von zunächst sechs Anträgen, die zu den ersten beiden Paragraphen der Zollvorlage gestellt sind und voraussichtlich eine Reihe von Debatten eröffnen werden, an die bisher von keiner Seite gedacht ist. Ueber den Charakter der Anträge wird berichtet:

Der erste derselben verlangt, daß an Stelle des Absatz 1, § 1, der einem neuen Zolltarif im voraus die Zustimmung ertheilt, die Forderung verwirklicht werde, die die sozialdemokratische Fraktion in ihrem Gesetzentwurf vom 8. Mai 1899 dahin aufstellte, daß die Zölle auf Getreide, Hülsenfrüchte, Butter, Fleisch, Fische, Heringe, Mühlenfabrikate (Graupen, Gries, Grütze, Mehl, Backwaaren), Schmalz, Eier, lebendes Zug- und Schlachtvieh aufgehoben werden.

Ein zweiter Antrag will die Erzeugnisse der deutschen Kolonien, Schutzgebiete und Zollausschlüsse zollfrei machen.

Ein dritter Antrag will der „nationalen" Uebung, in Deutschland hergestellte Waaren im Auslande billiger als in Deutschland zu kaufen, durch folgenden § 1a entgegentreten:

„Der Bundesrath ist verpflichtet, die Zölle für vom Auslande eingehende Waaren aufzuheben und deren zollfreie Einfuhr zuzulassen, wenn die gleichartigen Waaren von deutschen Verkaufsvereinigungen (Syndikaten, Trusts, Kartellen, Ringen und dergleichen) nach dem oder im Auslande billiger verkauft werden als im deutschen Zollgebiete.

Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzutheilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht ertheilt."

Ein vierter Antrag (§ 1b) will einen Theil des durch das Zolltarifgesetz den Großgrundbesitzern zugedachten Vortheiles durch folgende Vorschrift wenigstens theilweise wieder nehmen. Er lautet:

„So lange bei der Einfuhr von Getreide in das deutsche Zollgebiet Zölle erhoben werden, sind die Eigenthümer eines landwirthschaftlichen Grundbesitzes mit mehr als 100 Hektar landwirthschaftlich benutzter Fläche verpflichtet, an das Deutsche Reich für jeden Hektar ihres Besitzes das Zehnfache des auf den Doppelcentner Weizen gelegten Zolls an das Deutsche Reich zu zahlen."

§ 1c verlangt Zulassung des Rechtsweges über vermeintlich zu Unrecht erhobene Zölle.

§ 1d will die Errichtung einer Auskunftsstelle über die Zolltarifsätze."

Daß diese Anträge bei den Junkern und Agrariern lebhaftes Lamento hervorrufen werden, läßt sich voraussehen, denn wenn sie leider angesichts der herrschenden Mehrheitsverhältnisse auch nicht auf Annahme zu rechnen haben, wird ihre Erörterung zum mindesten viel Zeit beanspruchen und die Hochschutzzöllner aufs neue ein beträchtlich Stück von dem lang und bang ersehnten Ziele zurückdrängen. Diesen Befürchtungen vermag man sich selbst in offiziösen Kreisen nicht zu verschließen, denn diese benutzen die Anträge, um die Agrarier wiederholt zu warnen, den Bogen ihrer Forderungen nicht allzu straff zu spannen.

„Es wird nicht unbeachtet bleiben dürfen," heißt es in dieser von den „Berl. Pol. Nachr." verbreiteten Warnung, „daß die verbündeten Regierungen nur solchen Beschlüssen des Reichstags würden zustimmen können, bei denen die berechtigte Hoffnung bestehen bleibt, zum Abschluß langfristiger Handelsverträge, wie sie den Interessen unserer Industrie entsprechen, zu gelangen. Es wird ferner nicht unerwogen bleiben dürfen, daß die Frage, wie weit unter diesem Gesichtspunkt mit der Verstärkung des Zollschutzes für die Landwirthschaft gegangen werden kann, bereits bei Feststellung des Zolltarifs seitens der verbündeten Regierungen der sorgsamsten Prüfung unterzogen worden ist und daß die Vorschläge, welche in dem Zolltarif und dem dazu gehörigen Gesetze in Bezug auf die Höhe und Bindung der landwirthschaftlichen Zölle gemacht sind, das Ergebniß dieser eingehenden Prüfung bilden. Die Schlußfolgerungen aus diesen beiden Vordersätzen in Bezug auf die Linie, auf der eine Verständigung zwischen der Mehrheit des Reichstages und den verbündeten Regierungen erreichbar erscheint, liegen auf der Hand.

Die Oertel und Gen. werden diese Warnungen natürlich ebenso in den Wind schlagen, wie die mancherlei anderen gutgemeinten Ermahnungen, die thnen von halbamtlicher Seite bisher zu theil wurden, da aber sozialdemokratischerseits noch weitere Anträge in Vorbereitung sind, welche die Aufhebung der Salzsteuer, der Branntwein-Liebesgabe und eventuell Zuführung des Betrages derselben an das Reich, sowie Aufhebung der Verbrauchsabgabe und der Ausfuhrprämien auf Zucker verlangen, dürften sie am Ende vielleicht noch einsehen lernen, daß ihre Begehrlichkeit doch nicht so leicht befriedigt werden wird, wie sie bisher im Vollgefühle ihrer Macht anzunehmen schienen.

Statistisches über die Einkommensquellen in Preußen.

Die Einkommensquellen, die kennen zu lernen für den Nationalökonomen nicht weniger interessant ist, wie für den Statistiker, lassen sich leider nur hinsichtlich der Steuerpflichtigen mit nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020113010/fragment/page=0001

als 3000 M. Einkommen feststellen, und zwar auf Grund ihrer Steuererklärungen, die abzugeben bekanntlich die Personen, deren Einkommen unter diese Summe herabsinkt, nicht gehalten sind. Das veranlagte Einkommen aller 435,696 Censiten (physischen Personen) mit mehr als 3000 M. Einkommen betrug im ganzen in Preußen 4,048,157,053 M. gegen 3,830,106,565 M. im Jahre 1900 und 3,572,357,668 M. im Jahre 1899. Es ist also gegen das Vorjahr nur um 5,49 v. H. gewachsen, während die Steigerung von 1899 zu 1900 7,22 und von 1898 zu 1899 8,15 v. H. betragen hatte, so daß die jährliche Zunahme im Sinken ist.

Im einzelnen setzt sich das Einkommen wie folgt zusammen: Das Kapitalvermögen brachte 1208,66 Millionen Mark gegen 1141,14 Millionen im Jahre 1900, 1080,88 im Jahre 1899 und 891,72 i. J. 1892. Das Einkommen aus Grundvermögen betrug 967,88 Millionen gegen 921,68 i. J. 1900, 867,43 i. J. 1899 und 755,39 i. J. 1892. Das Einkommen aus Handel, Gewerbe und Bergbau ist auf 1596,72 Millionen Mark berechnet gegen 1418,41 Millionen im Jahre 1900, 1304,12 im Jahre 1899 und 982,80 im Jahre 1892. Aus gewinnbringender Beschäftigung endlich wurde ein Einkommen von 1036,60 Millionen M. erzielt gegen 963,75 im Jahre 1900, 892,15 i. J. 1899 und 593,01 i. J. 1892. Es zeigt sich also eine absolute Steigerung des Einkommens beim Kapitalvermögen um 67 (im vorigen Jahre 60) Millionen M., aus Grundvermögen um 46 (54), aus Handel 2c. um 78 (114) und aus gewinnbringender Beschäftigung um 73 (69) Millionen M. Hiernach zeigt das Einkommen aus Kapitalvermögen und gewinnbringender Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 7 und 4 Millionen, während das aus Grundvermögen um 8 und aus Handel 2c. um 36 Millionen Mark zurückgegangen ist. Geht man bis 1892 zurück, so hat sich in diesen 9 Jahren erhöht das Einkommen aus Grundvermögen um 29 v. H., aus Kapitalvermögen um 36 v. H., aus Handel und Gewerbe um 52 v. H. und aus gewinnbringender Beschäftigung, wozu die Gehälter, Löhne und Einkommen aus den sogenannten freien Berufsarten gehören, um 75 v. H. Von dem gesammten Einkommen sind in Abzug gebracht worden an Schuldenzinsen, dauernden Lasten 2c. 661,26 Mill. M. gegen 614,57 im Jahre. Sondert man Stadt und Land, so ist das Gesammteinkommen in den Städten von 3513 auf 3716 Millionen und auf dem Lande von 932 auf 993 Millionen Mark gestiegen. Es ergiebt sich hiernach für die Städte eine Steigerung um 5,8, für das Land, wie schon im Vorjahr, eine stärkere, nämlich um 6,5 v. H. Das Einkommen aus Kapitalvermögen ist in den Städten von 927 auf 978, auf dem Lande von 214 auf 230 Millionen, das aus Handel 2c. in den Städten von 1240 auf 1299, auf dem Lande von 178 auf 198, das aus gewinnbringender Beschäftigung in den Städten von 896 auf 863, auf dem Lande von 158 auf 173 Millionen Mark gestiegen. Das Einkommen aus Grundvermögen hat in den Städten von 540 auf 576 und auf dem Lande von 382 auf 392 Millionen Mark zugenommen. Das Einkommen aus Grundvermögen auf dem Lande war von 1892 bis 1896 allmählich von 366 auf 329 Millionen Mark zurückgegangen; seitdem steigt es, so daß es jetzt um 63 Millionen Mark oder 19 v. H. über der Ziffer von 1896 liegt. *

Politisches.

* Ueber die Neujahrsrede des Kaisers an die kommandirenden Generale gelangen allmählich Einzelheiten an die Oeffentlichkeit, die jedoch, da auf Wunsch des Monarchen nichts Direktes aus der Rede weitergegeben werden darf, zunächst unkontrollirbar sind. Aus den Aussprachen der kommandirenden Generale mit den ihnen unterstellten Commandeuren geht, so schreibt die „Korresp. Dettbarn", hervor, daß das Hauptthema der kaiserlichen Rede die Offiziers-Duellfrage, sowie die Fälle Mörchingen und Insterburg (Rüger, Krosigk) behandelte. Der Kaiser soll anerkannt haben, daß in Bezug auf das Duell seine Anordnung von Jahr zu Jahr mehr respektirt werde, indessen sei Offizieren, die den Befehl ihres höchsten Vorgesetzten in normalem wie betrunkenem Zustande nicht beachten, sondern auf eigene Faust ihre angegriffene Ehre zu reinigen suchen, neben strenger Bestrafung auch der Abschied sicher. Auf kaiserliche Gnade sollten sie nicht rechnen, da die höchste Pflicht des Offiziers der Gehorsam sei und bleiben werde. — So lange die offizielle Wiedergabe der Ansprache des Kaisers fehlt, müssen nothwendigerweise allerhand unverbürgte Lesarten in Umlauf kommen, bei denen niemand nachzuprüfen vermag, wie weit sie dem ursprünglichen Wortlaut entsprechen oder mit demselben differiren. Man thut deshalb auch besser, keinerlei Kommentar an die obigen, nur der Vollständigkeit halber wiedergegebenen Auslassungen zu knüpfen.

Volkswirthschaftliches.

* Der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben und der Handelsminister Möller haben, wie die „Köln. Ztg." aus sicherer Berliner Quelle erfahren haben will, bezüglich des Erwerbs der dem Staate angebotenen Kohlengerechtsame und Gewerkschaften am Sonnabend vereinbart, daß auf Grund des in einer Hinsicht erweiterten Programms des Ministers Brefeld nur über folgende Angebote in Unterhandlungen getreten werden soll: 1. betreffend die Zeche Waltrop, 2. betreffend die sogenannten Bohwinkel'schen Berggerechtsame und endlich 3. betr. die im Kreise Recklinghausen gelegene mit zwei nahezu fertiggestellten Doppelschachtanlagen versehene Zeche „Vereinigte Gladbeck" nebst eine Reihe anstoßender Felder. Durch die Ankäufe, heißt es in dem Artikel weiter, die insgesammt etwa 50 Millionen Mark kosten würden, würde der Staat 96 Maximalfelder in bester Lage erwerben.

Parlamentarisches.

* Im Abgeordnetenhause ist am heutigen Montag Polendebatte; die Parteien und die Bureauverwaltung haben sich auf diesen Tag vorbereitet und eingerichtet. Die am stärksten in Mitleidenschaft gezogene Polenfraktion im Abgeordnetenhause hat, wie unser parlamentarischer Mitarbeiter uns schreibt, schon gestern nachmittag ihr Rüstzeug zusammengeschweißt und ihre Klingen geschliffen. Sie macht sich auf das ihr drohende, von der Staatsregierung und den ihr beistehenden Parteien in Bereitschaft gehaltene Material gefaßt und will mit der ihr zu Gebote stehenden Kraft dagegen reagiren. Aus der Mitte des Hauses werden die Freikonservativen zwei Redner entsenden, deren Hauptredner Frhr. v. Zedlitz und Neudirch und den in polnische Verhältnisse und Gesinnungen durch seine frühere amtliche Wirksamkeit tief eingeweihten von Tiedemann-Labischin. Die heutige Sitzung wird sich auch äußerlich als eine große dokumentiren. Der Andrang zu den Tribünen ist so groß, daß viele Gesuche um Eintrittsbillets haben zurückgewiesen werden mußten. Die Bureauverwaltung hat die strengsten Maßnahmen ergriffen, um die Ordnung des Hauses aufrecht zu erhalten. Es ist die Verfügung erlassen worden: „Während der Polendebatten am 13. d. und folgenden Tagen ist ein starker Zudrang zu den Tribünen zu erwarten. Um Störungen und Unfällen vorzubeugen, sind die Diener streng angewiesen worden, Personen ohne Eintrittskarten nicht zuzulassen. Die Herren Mitglieder werden höflichst gebeten, sich der Einführung von Zuhörern auf Grund ihrer Abgeordnetenkarten enthalten zu wollen. Eine andere Anweisung an die Tribünendiener besagt: „Die Einführung von Zuhörern durch die Herren Abgeordneten oder sonstige Personen ist unterlagt."

* Die Reichstagskommission für Schaumweinsteuer nahm am Sonnabend in dritter Lesung den § 1 des Entwurfs an und setzte im § 2 den Steuersatz für Fruchtweinschaumwein auf 10 Pfg., für andere Schaumweine auf 50 Pfg. fest.

* Die amtliche Publikation der im Bureau des Reichstags zum Zolltarif bisher insgesammt eingegangenen Petitionen steht unmittelbar bevor. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, beläuft sich die Zahl der gegen den Tarif Stellung nehmenden Petitionen auf das sieben- bis achtfache der für den Tarif eintretenden Petitionen.

* Ob es möglich sein wird, die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches noch in der laufenden Gesetzgebungsperiode mit der Frage der Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse zu befassen, scheint man mit Sicherheit bejahen zu können. Die Ansichten über den modus procedendi gehen in den zuständigen Kreisen z. Z. noch erheblich auseinander — Die Skeptiker dürften also wieder einmal Recht behalten.

Arbeiterbewegung.

* Die in den letzten Tagen, wie wiederholt gemeldet, in Frankfurt a. M. vorgekommenen Ansammlungen Arbeitsloser haben den Regierungspräsidenten in Wiesbaden veranlaßt, sich persönlich mit dem Frankfurter Polizeipräsidenten und Magistrat über die zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse zu ergreifenden Maßnahmen zu besprechen. Es ist Vorkehrung getroffen worden, daß von der Polizei alle Ansammlungen von vornherein unterdrückt werden. Von den städtischen Behörden Frankfurts wird für Schaffung regelmäßiger und vermehrter Arbeitsgelegenheit weiter gesorgt werden. — Die Vorgänge vom Donnerstag und Freitag fanden übrigens am Sonnabend eine Wiederholung minder scharfen Grades; es kam nämlich an beiden Enden der Schnurgasse zu einer stärkeren Ansammlung Arbeitsloser, die durch eine größere Anzahl Schutzleute, ohne daß die Menge Widerstand leistete, bald zerstreut wurde. Auch sonst wurde die Ruhe infolge der von der Polizei getroffenen umfassenden Maßnahmen nirgends gestört.

Heer und Flotte.

* In Jena fand am Sonnabend unter dem Vorsitz des Oberstleutnants v. Hanstein die Kriegsgerichts-Verhandlung gegen den Leutnant Thieme, der den Studiosus Held im Duell erschossen hat, wegen Zweikampfes und den Hauptmann v. Seebach wegen Kartelltragens statt. Leutnant Thieme wurde unter Annahme mildernder Umstände zu zwei Jahren drei Monaten Festung verurtheilt. Hauptmann v. Seebach erhielt, gleichfalls unter Annahme mildernder Umstände, 14 Tage Festungshaft.

* Von militärischer Seite erhält die „Elbing. Ztg." folgende Mittheilungen: „Durch einen Theil der Presse ist in letzter Zeit die Nachricht verbreitet, daß die Militärverwaltung aus strategischen Gründen beabsichtige, verschiedene am Weichsel und Nogat gelegene Städte besonders zu befestigen, und daß hierfür zum Theil schon im Reichshaushalt für 1902 die Kosten gefordert werden sollen. Genannt wurden die Städte Marienburg, Kulm und Dirschau. Was Marienburg anbelangt, so ist es eine bekannte Thatsache, daß auf Befehl des Kaisers dorthin eine verhältnißmäßig große Garnison gelegt wird, und zwar, wenn die Kasernen bis dahin fertiggestellt sind, zum 1. Oktober 1903. Jede anders lautende Mittheilung ist ein Irrthum. Die Marienburger Garnison wird bestehen aus zwei Compagnien Fußartillerie sowie aus dem Stabe und dem zweiten Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 152. Für Kulm und Dirschau ist eine besondere strategische Befestigung nicht in Aussicht genommen.

* Der Kaiserliche Kommissar und Militär-Inspecteur der freiwilligen Krankenpflege, Friedrich Graf zu Solms-Baruth, hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„Der Herr Kriegsminister und der Herr Staatssekretär des Reichs-Marineamtes haben der freiwilligen Krankenpflege den Dank der Armee- und Marinetheile des Ostasiatischen Expeditionscorps ausgesprochen und mich ersucht, diesen Dank auch allen Komitees, Sammelstellen und einzelnen Personen zu übermitteln, welche durch freiwillige Gaben, Geldspenden und selbstloses Wirken die Hilfsbthätigkeit in so bedeutendem Umfange ermöglichten. — Es gereicht mir um so mehr zur Freude, diesen Aufruf hiermit auszuführen, als durch denselben ausgesprochen ist, daß der Zweck aller Spenden, die Unterstützung hilfsbedürftiger Theilnehmer der Expedition und ihrer mittellosen Angehörigen ein durchaus willkommener war und erreicht wurde."

* In einem Vortrage, den der frühere Chef des Generalstabes beim Oberkommando in Ostasien, Freiherr v. Gayl, kürzlich in der Militärischen Gesellschaft zu Berlin über die China-Expedition hielt, wurde nach der „Straßburger Post" der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die einstweilen in China verbliebene ostasiatische Besatzungsbrigade nach Erfüllung ihrer Aufgabe den Stamm für eine zukünftige Kolonialarmee geben müsse. — Das es so kommen wird, hat die „Saale-Ztg." vor Monaten schon angekündigt.

* Das Reichsmilitärgericht begründete die schon gemeldete Zulassung der Revision des Krosigk-Prozesses bezüglich Marten's mit der nicht ordnungsmäßigen Besetzung des Oberkriegsgerichts und unstatthaften theilweisen Ausschließung der Oeffentlichkeit, sowie bezüglich Hickel's mit der Ablehnung des vom Vertreter der Anklage gestellten Antrags auf die Entfernung der Zeugen Melber und Schneider während der Vernehmung des Zeugen Stypek.

* Der kleine Kreuzer „Gazelle" ist gestern, Sonntag, vormittag von Kiel nach Venezuela in See gegangen.

* S. M. S. „Schwalbe", Kommandant Korvetten-Kapitän Jakobsen, ist am 10. Januar in Chinkiang angekommen und beabsichtigt, am 14. d. Mts. diesen Hafen wieder zu verlassen.

* Das neue Linienschiff „Kaiser Karl der Große" hat seine Probefahrt ohne Unfall beendigt und ist vorgestern abend auf der Rhede von Wilhelmshaven vor Anker gegangen. Das Schiff wird demnächst ins Bassin der dortigen Kaiserlichen Werft gehen, um weiter ausgerüstet zu werden.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

115. Sitzung vom 11. Januar. 1 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Am Bundesrathstisch: Graf von Bülow, Graf Posadowsky, von Goßler u. a.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Sattler (nat.): Ich habe mich gewundert, daß gestern Abg. Oertel sich so ablehnend gegen die Reform des Börsensteuergesetzes verhalten hat, da es sich doch dabei um die Wiedereinführung von Treu und Glauben im Börsengeschäft handelt. Wenn Herr Oertel ferner in Aussicht stellte, gegen die Obstruktion goldene Rücksichtslosigkeit anzuwenden, so erscheint es mir taktisch nicht richtig, so etwas schon im voraus anzukündigen. Herr Dziembowski hat bemängelt, daß man gegen meine Ausführungen über Galizien nicht eingeschritten ist. Ja, es ist doch ein großer Unterschied, ob ein einzelner Abgeordneter etwas über einen fremden Staat sagt oder ob, wie in Lemberg, eine ganze Gruppe in feindlicher Weise gegen einen fremden Staat Angriffe richtet. Die Polen selbst werden nicht leugnen können, daß ihr Land unter preußischer Verwaltung großen Aufschwung genommen hat. Von dem Spahn, den ich mit den Polen hatte, wende ich mich jetzt zu einem anderen Spahn. (Heiterkeit.) Herr Professor Michaelis hat seiner Sache einen schlechten Dienst erwiesen, als er Herrn Althoff so scharf angriff. Dieser Fall gehört nicht hierher, wohl aber die Ernennung des Prof. Spahn in Straßburg. Diese Ernennung hat im ganzen Reiche so großes Aufsehen erregt (Widerspruch im Centrum), daß wir ihn hier besprechen müssen. Die Erregung kommt besonders daher, weil ein katholischer und ein protestantischer Professor berufen wurde, gerade so, als ob es eine katholische und eine protestantische Geschichtswissenschaft gebe. Die giebt es aber nicht, die Wissenschaft ist frei und darf mit der Konfession nichts zu thun haben, schon deshalb nicht, weil die Kirche keinen Einfluß auf die staatlichen Universitäten haben darf. Denn wenn es nach der katholischen Kirche ginge, dürfte nur von ihr abgestempelte Geschichte gelehrt werden. (Widerspruch im Centrum.) In Uebereinstimmung mit meinen Freunden kann ich die Regierung nur warnen, auf dem einmal beschrittenen Wege fortzufahren. Die Professoren müssen nur nach ihrer freien Ueberzeugung lehren. — Die Post hat bisher nur Ueberschüsse ergeben, weil sie die Eisenbahnen ausnutzt, die die Postwagen frei befördern. Diese Beförderung würde sonst etwa 40 Millionen kosten. Wir müssen daher verlangen, daß wenigstens diese 40 Millionen an Ueberschuß herausgewirthschaftet werden. Noch nie ist in einem Etat so viel zusammengekratzt worden als in diesem. Die lex Lieber, betr. die Schuldentilgung, ist im letzten Jahre gar nicht in die Erscheinung getreten. Die Schuldentilgung darf keine Extratour sein, sondern muß gesetzlich festgelegt werden. Die Position des Schatzsekretärs muß gestärkt werden. Er muß auch der Militär- und Marineverwaltung entgegentreten können. Den Auf den Schatzsekretärs nach neuen Steuern bedauere ich sehr. In einer Zeit, wo der Zolltarif auf der Tagesordnung steht, wird kein Reichstag neue Steuern bewilligen. Die Regierung muß aber in der Frage des Zolltarifs endlich mal eine deutliche Sprache führen, damit wir wissen, wie weit sie gehen will.

Staatssekretär für Elsaß-Lothringen v. Köller: Der Abg. Sattler hat den sogenannten Fall Spahn erwähnt, dafür bin ich ihm dankbar. Ich hoffe, daß es mir gelingen wird, die Bedenken des Herrn Sattler zu zerstreuen. Keineswegs steht es in unserer Absicht, die Konfessionen auseinander zu reißen oder das Dogma zu konstituiren, daß es eine katholische und eine protestantische Wissenschaft gebe. So etwas darf man uns doch nicht zumuthen. Redner legt hierauf eingehend die Entstehungsgeschichte des Falles Spahn dar. Die Besetzung eines Geschichts-Lehrstuhls durch einen Katholiken ist vom Landesausschuß wiederholt, auch von Nichtkatholiken warm empfohlen worden. Diesen wiederholten Wünschen mußte die Regierung Rechnung tragen, schon deshalb, weil es unter den 1078 Studenten Straßburgs 370 Katholiken gab, aber nur 4 katholische Professoren, neben 69 protestantischen und 6 israelitischen. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Antisemiten. Stürmische Heiterkeit.) Deshalb wurde auch der erste Fall der Vakanz benutzt, um einen katholischen Professor zu berufen. Herr Sattler sagt, es sei besonders gefährlich, daß zwei Professoren berufen wurden, ein katholischer und ein protestantischer. Wir haben aber zwei berufen, weil die Zahl der Geschichte Studirenden stets im Wachsen war. Nun kann man fragen, wer die Kaiserliche Regierung dazu befugt? Nach den Statuten der Universität kann ich diese Frage unbedingt bejahen. Die Fakultäten haben gar kein Recht darauf, gefragt zu werden, wenn die Regierung Professoren beruft. Selbstverständlich sind die Fakultäten stets gehört worden, aber ein Recht darauf, haben sie nicht. Sie können nur Privatdozenten ernennen. Die Regierung glaubt daher, daß sie das rechte gethan hat, und daß die Professoren ihre Pflicht thun werden. Die Erregung im Lande war nur künstlich durch die Presse hervorgerufen und wird hoffentlich jetzt verschwinden. (Beifall im Centrum).

Abg. Dr. Bachem (Ctr.): Leider ist kein Elsässer heute anwesend (Hört! Hört!), obwohl sie die Sache doch mehr angeht als uns. Der Fall Spahn hat für uns eine prinzipielle Bedeutung, auch die Regierung ist sich der Bedeutung dieses Falles bewußt gewesen. Früher wurde Geschichte von einem lutherischen und einem jüdischen Professor in Straßburg gelehrt. Das hat Herrn Sattler nicht aufgeregt, gefährlich wurde die Sache erst für ihn, als ein Katholik hinzukam. (Heiterkeit.) Die Freiheit der Wissenschaft wollen auch wir, aber jede Individualität faßt sie anders auf. In Breslau und Bonn bestehen schon seit langem lutherische und katholische Geschichtsprofessuren; diese Einrichtung hat sich durchaus bewährt. Weshalb soll denn auch eine Konfession das Monopol haben? In einem Lande, das zu dreiviertel katholisch ist, wie Elsaß-Lothringen, hat gerade das Fehlen einer katholischen Professur die Konfessionen auseinandergerissen. Denn die katholischen Studenten mußten außer Landes gehen. Von einer kirchlich abgestempelten Geschichte ist keine Rede, niemals hat die katholische Kirche einem Geschichtsdozenten Beschränkung auferlegt. (Lachen links.) Der Bewegung in dem Falle Spahn fehlte jede Begründung, sie war basirt auf Voraussetzungslosigkeit. Da das Land Elsaß große Opfer für die Straßburger Universität bringt, mußten ihre natürlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Das Ernennungsrecht der Professoren hat die Regierung. Wenn sie von Anfang an diesen Rechtsstandpunkt schärfer präzisirt hätte, hätten die Verhältnisse sich nicht so zugespitzt. Ich verstehe aber nicht, wie man in einem so überwiegend katholischen Lande so wenig katholische Professoren anstellen konnte; ordentliche katholische Professoren sollen sich in Straßburg nur in der medizinischen Fakultät befinden. (Hört! Hört!) Die elsaß-lothringischen Abgeordneten hätten früher den Finger auf diese offene Wunde legen sollen. Wir werden dafür sorgen, daß diese Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet. Die katholische Kirche ist stets eine eifrige Förderin der Wissenschaft gewesen. (Lachen links.) So lange wir Katholiken Steuern zahlen, verlangen wir auch, daß unsere natürlichen Bedürfnisse berücksichtigt werden. (Beifall im Centrum.)

Abg. Bebel (Sozdem.): Dieses Stückchen Kulturkampf-Debatte wäre am besten bei einem Spezial-Etat vorgebracht worden. Jetzt ist Herr Sattler ordentlich vom Kollegen Bachem vermöbelt worden (Heiterkeit) und kann nicht antworten. Man sollte bei der Anstellung von Professoren nur fragen, welche sind die klügsten und die besten, aber nicht, welcher Konfession und politischen Richtung gehören sie an. Aber wir haben es erlebt, daß sozialdemokratische Professoren zurückgewiesen wurden, obwohl sie eine Materie lehrten, die nichts mit Politik zu thun hatte. Denken Sie nur an den Fall Arons. Professor Häckel könnte auch nur in Jena doziren. Herr Spahn war bisher selbst in den wissenschaftlichen Kreisen unbekannt (Oho! im Centr.), er ist nur Professor geworden, weil er eine byzantinische Geschichte des Großen Kurfürsten geschrieben hat. Im Etat der Reichseisenbahnen haben wir eine Mindereinnahme von 10 Millionen Mark infolge der wirthschaftlichen Krisis, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Diese Reihen von wirthschaftlichem Aufschwung und Krisen sind ein Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues und zwar des gesammten Kohlenbergbaues würde ich nur empfehlen können, diese Forderung drängt sich einem angesichts der gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnisse

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020113010/fragment/page=0002

besonders auf. Vor allem müßte man für Arbeitsgelegenheit sorgen. Warum hat Abg. Graf Stolberg nicht erklärt, daß seine politische Freunde jetzt für die Kanalvorlage sein, dann würden Tausende beschäftigt werden können. In der Sozialpolitik sind wir auf einem todten Punkt angelangt. Alles ist bis jetzt nur Stückwerk. Warum führt man nicht einen Normalarbeitstag von zunächst 10 und später von 8 Stunden ein? Die Finanzlage wird von Jahr zu Jahr schlechter werden, die Ausgaben wachsen immer mehr, die Einnahmen werden nicht besser und die Steuerquellen und die Steuerkraft werden schließlich versagen. Wir haben im Reiche, trotz unserer Warnung, schlecht gewirthschaftet. Unsere Schuldenlast beträgt fast 3 Milliarden. Das Centrum ist hauptsächlich schuld an dieser Lage. Es buhlt um die Gunst der Herren im Regierungstische und zeigt sich sehr bewilligungslustig. Als Insager haben aber die Wähler die Centrumsabgeordneten nicht hergeschickt. Den Regierungen kann man keinen Vorwurf hier machen, sondern nur den Volksvertretern. Neue Steuern werden uns nur neuen Agitationsstoff liefern. Außerdem ist alles schon so besteuert, daß nur Einkommen- und Vermögenssteuern noch etwas bringen werden. Die Reichen müssen auch zu den Reichsausgaben herangezogen werden, denn jetzt zahlt fast ausschließlich das Proletariat die Steuern an Kornzöllen, Petroleumzöllen, Salzsteuern usw. Wenn die Reichen auch zahlen müßten, würden sie sich zuerst gegen die hohen Militärlasten sträuben, die rückständigen 7000 Mann werden auch noch kommen, jetzt fordert sie der Kriegsminister nur nicht, weil er genau weiß, daß er sie jetzt nicht kriegt. Trotz der friedlichen Kaiserrede in Danzig sind auch jetzt neue Militär- und Marineforderungen im Etat vorhanden. Die Möglichkeit von Konflikten mehrt sich stets bei unserer Weltmachtspolitik-Projekten, das muß doch die anderen Dreibundmächte stutzig machen. Wenn der Kanzler und die oberste Stelle im Reich erst die Politik der freien Hand einführen werden, wird man noch mit ganz anderen Militärforderungen kommen. Der nächste Krieg wird weit schrecklicher sein als der von 1870/71, deshalb darf man nicht alle seine Kräfte schon im Frieden aufzehren. Herr Dr. Bachem lobte die China-Expedition, aber der katholische Ministerpräsident Bernard hat gesagt, daß niemals das Völkerrecht mehr mißachtet worden sei, als in den Kämpfen gegen China. An den Wirren mit China sind wir selbst schuld, die Chinesen wurden von uns aufs schwerste gereizt, dies hat auch der „sogenannte Mörder" des Gesandten von Ketteler zugegeben. Der Kopf dieses Mörders soll nach Deutschland geschafft sein, vielleicht giebt die Regierung darüber Auskunft. Und was machte man in Deutschland für ein Wesen daraus, als die Franzosen den Kopf Schill's mitnahmen! Dem chinesischen Prinzelen haben wir so viel nachgegeben, daß die ganze Sühnemission zum Gaudium des ganzen Auslands verlaufen ist. Der Krieg auf den Philippinen und in Transvaal sind ein Schandmal für die civilisirte Welt. Vor Gericht hat der General von Lessel ausgesagt, daß die astronomischen Instrumente Pekings als Kriegsbeute weggenommen sind. Eine solche That ist aber nach dem Militär-Strafgesetzbuch Plünderung und wird mit Gefängniß bis zu 5 Jahren bestraft. Später wollte man die Instrumente den Chinesen wiedergeben, aber diese waren großmüthig und sagten: „Ihr habt sie gestohlen, behaltet sie!" Weshalb man sich über die Chamberlain'sche Rede so aufgeregt hat, weiß ich nicht. 1870/71 sind auch eine Anzahl von Gewaltakten vorgekommen, viele Franctireurs sind erschossen, Dörfer sind niedergebrannt worden. Auch deutsche Truppen würden verrohen, wenn ein solcher Krieg zwei Jahre dauern würde. Wenn Herr Bachem von unserer Kriegsführung in China begeistert ist, bedaure ich ihn. Auch Missionare haben sich dort an der Plünderung betheiligt. Wir thun daher am besten, wenn wir über die China-Expedition den Mantel der Liebe decken. Die Hunnenbriefe sollen geälscht sein. Ich halte aber alles, was ich über die Hunnenbriefe gesagt habe, aufrecht, und zwar gerade wegen der Prozesse. Man will eine Hunnenbrief-Fabrik entdeckt haben, aber keinen Thäter. Der Hauptmann von Feilitzsch wurde in die bayrische Armee wegen Soldatenmißhandlungen nicht aufgenommen, für Preußen aber war er gut genug. Dieser Fall ist doch geradezu eine Beleidigung für den bayrischen Kriegsminister. Es soll auch noch ein zweiter ähnlicher Fall vorgekommen sein. Wozu brauchen wir denn Militärmißhandler aus Bayern zu importiren? Beim Zolltarif werden wir alle Mittel, die die Verfassung uns giebt, anwenden, um ihn zu Fall zu bringen, und wir werden die Verantwortung dafür ruhig tragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler v. Bülow: In der Kaiserrede, die in Cuxhafen gehalten worden ist, war kein annektionistischer Gedanke enthalten. Es war lediglich eine Friedenskundgebung. Wir werden nur eine vernünftige Weltpolitik machen und auch nur eine vernünftige Heimathspolitik, es giebt auch eine unvernünftige, die werden wir aber nicht machen. (Heiterkeit.) Herr Bebel, der heute für eine vernünftige Weltpolitik gesprochen hat, darf das Roß der Weltpolitik nicht tummeln, es sei denn, daß er wenigstens für drei Flottenvorlagen gestimmt hat. (Heiterkeit.) Beim Dreibund besteht kein Mißtrauen gegen uns, ich kann mich hier auf ein zustimmendes Telegramm aus Rom berufen, wonach Minister Prinetti zu meiner großen Freude unseren Botschafter sagte: „In der Rede, die ich vor einigen Tagen zu halten die Ehre hatte, ist kein Wort, das ich nicht unterschreibe." Und wenn der Abg. Bebel einen Blick auf die Wiener Presse wirft, so wird er sich überzeugen, daß auch diese meine Ausführungen in derselben Weise beurtheilt. Ich kann also den Abg. Bebel nur bitten, auch in dieser Beziehung sich keinen Bären aufbinden zu lassen. (Heiterkeit.) Wenn Herr Bebel Minister des Aeußern gewesen wäre, hätte er auch nicht unseren Gesandten ruhig hinmorden lassen, und wenn er das doch gedudet hätte, würde das deutsche Volk ihn nicht lange als Minister behalten haben. Den Standpunkt der Sozialdemokratie in der Chinafrage theilt und begreift das deutsche Volk nicht. Was würde wohl in England und Frankreich einem derartigen Politiker passiren? Was über Grausamkeiten unserer Truppen gesagt ist, war entweder erlogen oder übertrieben, über die Hunnenbriefe schwebt der Geist des seligen Münchhausen. (Heiterkeit.) Ich muß entschieden betonen, daß unsere Truppen nichts Unwürdiges gethan haben. (Beifall.) Die Ereignisse der letzten Jahre werden nicht spurlos an den Chinesen vorübergegangen sein, daß die große fremdenfeindliche Bewegung wird eingedämmt werden. Die Erschließung Chinas wird ohne Störung erfolgen. Eroberungstendenzen verfolgen wir dort nicht, wir wollen nur wirthschaftliche Erfolge dort erzielen, und so weit es geht mit den andern Mächten zusammengehen. Dies Programm, das ich Ihnen früher schon entwickelte, haben wir streng inne gehalten. Deutschland geht aus den chinesischen Wirren mit ungeschwächten Kräften und vollen Ehren hervor. Der Krieg ist ein grausames Handwerk, aber 1870/71 hat unser Heer, was Menschlichkeit betrifft, in erster Linie gestanden. Weiteres sage ich nicht. Gegen auswärtige Angriffe schreite ich ein, aber wenn ein Deutscher hier im Deutschen Reichstage das deutsche Heer von 1870/71 angreift, so überlasse ich solche Angriffe der öffentlichen Meinung Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Kriegsminister von Goßler. Der Krieg in China ist ganz anders gewesen, als Herr Bebel meinte, besonders die Missionare haben dort Heldenthaten verübt. Solche Leute mußten wir schützen. Herr Bebel selbst hat mir gerathen, Prozesse wegen der Briefe gegen die Zeitungen einzuleiten. Damals sagte er, daß er Namen nennen wollte, vor Gericht hat er aber keinen Namen genannt. (Hört! Hört!) Vor Gericht ist aber kein einziger Beweis erbracht, daß der Inhalt der Briefe mit den Thatsachen übereinstimmt. Viele Briefe waren in der Schweiz gemacht. Wenn Herr Bebel annimmt, den Mann zu kennen, so mag er ihn nennen. In der Schweiz ist ein Flugblatt vertheilt mit der Unterschrift: Schumann, Rentier. (Lebhafte Zurufe bei den Soz.: Das ist er ja! Normann-Schumann.) Deutsche Truppen sollen nun nach Herrn Bebel bei der Einnahme von Peking geplündert haben, aber an der Einnahme Pekings haben deutsche Truppen gar nicht theilgenommen. Betreffs der astronomischen Instrumente hat der Abg. Bebel auf das Militärstraf-Gesetzbuch hingewiesen. Das verstehe ich einfach nicht. Unter Beute machen und Plündern machen versteht man doch, daß jemand dies für sich selbst thut. Die Instrumente aber sind beschlagnahmt worden — und Graf Waldersee hat sie bestätigt — um die Kriegskosten zu verringern. Die Reichsregierung hat jedoch, sobald sie von dieser Sache erfuhr, angeordnet, daß die Instrumente zurückgesandt wurden. (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten. Präsident Graf Ballestrem rügt diese Rufe, es sei nur ein Gebot der Höflichkeit, den Minister ruhig reden zu lassen.) Der Vorwurf der Feigheit und Unsächtigkeit gegen den Hauptmann von Feilitzsch ist ungerechtfertigt. Ebenso wie der der Soldatenmißhandlung. Er hat nur ziemlich herbe Worte gebraucht, rein süddeutscher Art (Heiterkeit), und hier und da bei schweren Vergehen die Leute geschüttelt. Sein bayrischer Bataillonscommandeur hat mir testirt, daß der Hauptmann v. Feilitzsch in jedem Fall seine volle Schuldigkeit gethan hat. (Hört! Hört!) Auf Grund der Vorgänge, die Se. Majestät selbst geprüft hat, ist Herr v. Feilitzsch in die preußische Armee aufgenommen und wird sicher ein tüchtiges Mitglied derselben werden.

Bayrischer Generalmajor v. Endres: Hauptmann v. Feilitzsch hat niemals das Gesuch gestellt, in die bayrische Armee wieder aufgenommen zu werden. Auf das, was in der bayrischen Kammer über diese Sache geredet ist, gehe ich nicht ein, da das eine interne bayrische Angelegenheit ist. Der Hauptmann v. Feilitzsch ist bei uns streng, aber gerecht bestraft worden. Er hat eine Freiheitsstrafe bekommen und wäre nicht wieder angestellt worden, hätte also seine Existenz verloren. Die Strafe ist zwar gerecht, aber streng. Deshalb freuen wir uns, daß in diesem Fall eine gewisse Remedur eingetreten ist.

Hierauf vertagt sich das Haus. Persönlich bemerkt Abg. Bebel: Ich habe heute gar nicht von der Echtheit des Inhalts der Briefe gesprochen, sondern nur von der Echtheit der Briefe.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberathung). Schluß 6¼ Uhr.

Ausland.

Vom Aufstande in Venezuela.

Die durch den Aufstand in Venezuela geschaffene Lage ist der Regierung der Vereinigten Staaten in Washington zugegangenen Berichten zufolge sehr ernst, Präsident Castro, so heißt es darin, ist völlig machtlos. Die Washingtoner Regierung ertheilte einem Geschwader Befehl, sich nach La Guayra zu begeben, wo sich bekanntlich bereits deutsche, englische und französische Kriegsschiffe befinden. Falls eine gemeinsame Landung von Streitkräften der vor La Guayra vertretenen Mächte beschlossen werden sollte, würde der amerikanische Admiral Higginson als rangältester Offizier den Oberbefehl übernehmen. Diese Vorsichtsmaßregeln stehen in keinem Zusammenhange mit Deutschlands Vorgehen gegen Venezuela oder den dem Präsidenten Castro erwachsenen Schwierigkeiten, sondern bezwecken nur, Unruhen in Caracas und La Guayra zu verhüten, falls Präsident Castro gestürzt werden sollte.

Dem Dampfer „Laberador" ist es gelungen, an verschiedenen Punkten der Küste von Venezuela Waffen an die Aufständischen zu vertheilen. Die dem Präsidenten Castro zur Verfügung stehende Flotte konnte die Landung der Waffen nicht verhindern.

Der südafrikanische Krieg.

Dewet versuchte am Sonnabend mit einer beträchtlichen Streitmacht die Eisenbahnlinie nördlich von Kronstad zu überschreiten, wurde aber angeblich zurückgetrieben. Man glaubt, daß er den Versuch erneuern wird.

Ebersf Wing überraschte am Sonnabend ein 20 Meilen nordwestlich von Ermelo ein Burenlager und machte 42 Gefangene, unter denen sich Major Wolmarans, Kapitän Wolmarans und Leutnant Malan, alle drei von der Staatsartillerie, befinden sollen.

Oesterreich-Ungarn.

Angeblich wegen anarchistischer Umtriebe wurden am Sonnabend die in Triest wohnhaften Arbeiter Giraldi, Handlungsgehilfe Cosetti und Student Pittoni verhaftet. Alle drei sollen geständig sein.

Großbritannien.

Die Redseligkeit der englischen Minister scheint keine Grenzen mehr zu kennen. Das Leitmotiv aller ihrer Auslassungen ist der Versuch, England als die gekränkte Unschuld hinzustellen. Man konnte dabei erwarten, daß auch Chamberlain die erste Gelegenheit ergreifen würde, um den in den letzten Tagen in Deutschland an hervorragender Stelle gegen ihn gefallenen Aeußerungen entgegen zu treten, denn die Augen seiner eigenen Nation waren auf ihn gerichtet. Er hat nunmehr geantwortet, und zwar erklärte er vorgestern abend in einer Rede bei einem Diner der Silberschmiede und Juwelere in Birmingham, er bedauere die Tendenz zur Gemeinheit des persönlichen Angriffs in der Politik. Wenn ein Schatten der Begründung für die Anschuldigungen gegen ihn vorläge, würde er nicht werth sein, das Brot mit den Anwesenden zu brechen. „Ich protestire mit aller Entschiedenheit gegen die Aeußerungen jener Leute, die mit parteiischem Eifer für eigene Interessen den Landesfeind ermuthigen und auswärtiger Kritik Stoff zu böswilligen Verleumdungen gegen England liefern." Weiterhin Bezug nehmend auf die Animosität der kontinentalen Nationen sagte Chamberlain, er wisse, daß sie in gewissen Kreisen der indiskreten Rhetorik des Kolonialsekretärs zugeschrieben werde (Gelächter), aber von dem, was er gesagt habe, ziehe er nichts zurück; er schränke nichts ein und vertheidige nichts. Wie er die englische Geschichte verstehe, habe kein britischer Minister jemals seinem Lande treu gedient und sich gleichzeitig auswärtiger Popularität erfreut. „Ich halte dies der auswärtigen Kritik zu gute. Ich will das mir gegebene Beispiel nicht befolgen, ich will keinem auswärtigen Minister Lektionen ertheilen und will keine Lektionen von einem solchen annehmen. (Beifall.) Ich bin nur meinem eigenen Landesherrn und meinen eigenen Landsleuten verantwortlich." Er wolle jedoch der heimischen, zum Export bestimmten Kritik antworten. Er unterschätze die Freundschaft fremder Länder nicht, aber wichtiger sei die Zuneigung und das Vertrauen der Stammverwandten jenseits des Oceans. Selbst die großen Verluste des ihnen aufgezwungenen Krieges hätten den Segen gebracht, daß das britische Reich sich selbst gefunden. Wenn England je wieder wie in vergangener Zeit die Welt in Waffen zu bekämpfen hätte, würde es von seinen Söhnen von allen Enden der Welt unterstützt werden. Chamberlain zollte weiter Kitchener, Milner und der „Humanität" der britischen Soldaten warmen Tribut. Sie hätten die Tafel abgewischt und die neuen Prinzipien gleicher Rechte für beide Rassen in Südafrika darauf geschrieben.

Mittelamerika.

Einer in New York eingetroffenen Depesche aus Managua zufolge wurde der frühere Präsident von Honduras, Basquez, an Bord eines Dampfers verhaftet unter der Anschuldigung, er habe eine Revolution in Centralamerika gegen den Präsidenten Zelayo von Nicaragua anstiften wollen.

China.

In Peking wurden Ende der vorigen Woche vier wichtige kaiserliche Erlasse veröffentlicht. In zweien davon werden Wangwangschao zum Leiter der Verwaltung der Eisenbahnen und Minen, und Yuanschikai zum Generaldirektor der Eisenbahn Peking—Schanhaikwan ernannt; die beiden anderen enthalten den Befehl an die Mitglieder der Haulin-Akademie, sowohl die Staatswissenschaft des Westens aus alter und neuer Zeit, als die chinesische Kunst zu studiren, und die Ernennung Tschangyohsis zum Minister des Unterrichtswesens, der gleichzeitig beauftragt wird, einen neuen Unterrichtsplan auszuarbeiten.

Dem Vernehmen des „Reuter'schen Bureaus" zufolge werden die Gesandten in einigen Tagen vom Pekinger Hofe in Audienz empfangen werden. Bis dahin werden wahrscheinlich die Schwierigkeiten in befriedigender Weise gehoben sein, die durch die Weigerung des französischen Gesandten Beau, sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, entstanden sind. Das Vorgehen Beau's ist in der Absicht geschehen, das französische Protektorat über die katholischen Missionen in Verbindung mit der vor kurzem erfolgten Ermordung von zwei Missionaren in Kansu und der neuer Zeit, als die chinesische Kunst zu studiren, und die Ernennung Tschangyohsis zum Minister des Unterrichtswesens, der gleichzeitig beauftragt wird, einen neuen Unterrichtsplan auszuarbeiten, zu vertreten.

Provinzialnachrichten.

* **Aschersleben**, 11. Jan. [In der Angelegenheit Kirchner] ist jetzt die Verhaftung des Klempnergehilfen Th. erfolgt, obgleich nicht angenommen wird, daß er der eigentlich Schuldige ist. Th. ging mit der Kirchner in der fraglichen Nacht um 3 Uhr aus einem hiesigen Vergnügungslokal weg und zunächst nach der Hinterseite der Wohnung der Herrschaft des Mädchens, weil die Kirchner sehen wollte, ob das zweite Mädchen noch Licht hätte. Dies war nicht der Fall. Der Verhaftete will sie dann am Johannisthor verlassen haben. Merwürdig ist jedenfalls, daß zwei Personen, die morgens um ½8 und um 8 Uhr den Hof, wo die Kirchner gegen ½9 Uhr gefunden wurde, begangen haben, die Leiche nicht bemerkten, ja direkt behaupten, sie hätte um diese Zeit noch nicht dagelegen.

* **Schönebeck**, 12. Jan. [Ein eigenartiger Diebstahl] wurde hier am Sonnabend früh auf dem Wege vom Klostergut Backmünde nach hier vollführt. Von dem Milchwagen des Gutes, der gegen 7 Uhr früh hier eintrifft, haben Diebe einen ganzen Korb mit Butter, 64 Stück, gestohlen. Die Insassen des Wagens saßen vorn in einem sog. Schutzkasten, was die Ausführung des Diebstahls begünstigte. Der Butterkran müssen aber schon öfter Stücken Butter gestohlen sein, denn wiederholt haben ihr einige Stücken gefehlt.

i. **Schönebeck**, 11. Jan. [Feuer. — Schifferfest.] In der Nacht zum Donnerstag brannte das zur Großhoff'schen Ziegelei gehörige Wohnhaus ab. Da die Ziegelei jenseits der Elbe liegt und die Fähre wegen des Hochwassers nicht ging, konnte unsere Feuerwehr, die ausgerückt war, nicht Hilfe leisten. — Der hiesige Schifferverein „Arcona" beging gestern abend sein Winterfest, womit er die Gedenkfeier für seine 75 Jahre alte Fahne verband. Das Fest, das durch lebende Bilder schön wurde, verlief in vortrefflicher Harmonie.

= **Mühlberg** (Elbe), 12. Jan. [Radfahrkarten. — Vorzeitiger Frühling.] In hiesiger Stadt wurden 1901 301 Radfahrkarten ausgestellt. Vor 5 Jahren betrug die Zahl 101. — Die Staatsfelder haben ein frisches Aussehen, wie sonst nicht im April. Die Weiden in den Elbehegern prangen stellenweise im „Kätzchen"-Blüthenschmuck, was sonst erst im Mai der Fall ist.

⊙ **Quedlinburg**, 12. Jan. [Schnellere Abfertigung der Bahnpost.] Mit Rücksicht auf den bedeutenden Packetverkehr und die nur auf 3 Minuten bemessene Haltzeit der Postzüge auf hiesiger Station ist seit gestern eine Einrichtung getroffen, die eine schnellere Abfertigung der Bahnpost bezweckt. Die für unseren Ort bestimmten Packete werden schon während der Bahnfahrt in mit ganz niedrigen Rädern versehene Drahtwagen verpackt, die aus dem Postwagen auf zweirädrige Karren geschoben werden, über deren Achsen Schienen mit gekrempten Rändern laufen. Durch Hochschlagen eines Gitters wird das Hinabgleiten der Drahtwagen von den Karren verhindert. Dem Ausladen der Drahtwagen entspricht auch das Einladen der gefüllten Wagen in die Bahnpost. Durch diese Einrichtung wird das Werfen der Packete in die Postwagen vermieden.

+ **Vom Eichsfelde**, 12. Jan. [Unfälle.] Durch einen Sturz vom Speicher wurde die 67 Jahre alte Magdalena Althaus in Großtöpfer so schwer verletzt, daß der Tod eintrat. — Schwer verunglückt ist der Landwirthssohn Thüne in Rustenfelde; er wurde vom Pferde aus dem Sattel geworfen und derart getreten, daß die Beinknochen zertrümmert sind. — In der Eisenbahn kam es zwischen zwei Burschen von Ulder zu einer wüsten Schlägerei. Einer erhielt mit einer Flasche derartige Schläge auf den Kopf, daß der Verletzte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Staatsanwaltschaft ist Anzeige erstattet.

+ **Ilsenstadt**, 12. Jan. [Rathhausrenovirung. — Jubiläum.] Das hiesige altehrwürdige Rathhaus, dessen Kunstwerth von Fachautoritäten anerkannt ist, soll in diesem Frühjahr einer durchgreifenden Renovirung unterzogen werden, für die von der Provinzialverwaltung wie von der Regierung zu Hildesheim Beihilfen bewilligt worden sind. — Zur Feier des 600jährigen Jubiläums der hiesigen Schützengesellschaft ist ein bedeutender Fremdenzufluß nach hier zu erwarten.

* **Bernburg**, 10. Jan. [Reh in der Stadt.] Gestern nachmittag bot sich den Bewohnern einiger Straßen der Bergstadt ein seltenes Schauspiel. Ein Reh rannte von der Stiftsstraße her im vollen Laufe durch verschiedene Straßen in der Richtung nach Dröbel zu. Amüsant war es, zu sehen, wie es einigen Kindern, die es fangen wollten, über die Köpfe sprang. Auch über einige kleine Handwagen setzte es mit leichtem Sprunge hinweg. Muthmaßlich ist es bei der Grönaer Jagd aufgescheucht worden.

* **Hohm**, 11. Jan. [Abgereist] ist seit mehreren Tagen der Kornhändler M. und niemand weiß, wohin! Wie man erzählt, sei M. bereits seit längerer Zeit im Besitz eines Auslandspasses gewesen und habe nur auf einen günstigen Augenblick zur Abreise gewartet, da er pekuniär in hilflosen Verhältnissen lebte.

b. **Saalfeld**, 11. Jan. [Im 1902er Etat] balanciren Einnahme und Ausgabe mit rund 700,000 M., während im vorigen Jahre nur etwas über die Hälfte dieses Betrages zu vermerken war. Es ist eine neue Anleihe von 300,000 M. vorgesehen; davon entfallen auf den Schulneubau 200,000, auf eine Badeanstalt (Antheil der Stadt) 30,000, auf Schlachthauserweiterung 40,000, auf eine Filteranlage der Hochdruckleitung 16,000 M.

* **Meiningen**, 11. Jan. [Geflügelausstellungen] werden jetzt bekanntlich sehr häufig veranstaltet. Ob sie aber das richtige Mittel sind, zur Hebung der Aufzucht des für unsere Landwirthe brauchbaren Nutzgeflügels beizutragen, diese Frage ist soeben von unserer Regierung dem Landwirthschaftsrath vorgelegt, der sich darüber äußern soll.

i. **Ohrdruff**, 11. Jan. [200 Prozent über die Taxe] wurden im nahelegenden Tambach für eine Partie Bienenvölker bei einer Auktion erzielt. Das Meter ging bis zum Preise von 7,50 M. ab.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020113010/fragment/page=0003

Nur einmal im Jahre.

Die im Grossen Inventur-Ausverkauf

übrig gebliebenen **Restbestände** von **Kleiderstoffen** in Wolle, Seide und Baumwolle, **Mänteln, Jackets, Umhängen, Blousen, Unterröcken, Costumen, Leinen-** und **Baumwollenwaaren, Teppichen, Gardinen, Möbelstoffen, Schürzen, Tüchern, Schleifen etc.** werden, um damit bis zum 16. d. Mts. zu räumen, mit

nochmals herabgesetzten Preisen

verkauft.

Bruno Freytag.

Gelegenheits-Kauf!

Cravatten-Reste

zu **1 Mark**

nur noch während der Inventur.

Otto Blankenstein,

36 Ob. Leipz. Str. 36 (Bischorr-Bräu).

Auskünfte

über **Geschäfts- und Privatverhältnisse** auf das In- und Ausland ertheilen discret und prompt

Beyrich & Greve,

Halle a. S., gr. Ulrichstr. 42, I.

Fernspr. 2144.

H. R. Heinicke

Specialgeschäft für Fabrik-Schornsteinbau und Dampfkessel-Einmauerungen.

Chemnitz,

Wilhelmplatz 7.

Illustrirte Prospecte und Anschläge kostenfrei.

Höchsten Schornstein der Erde von 140 m Höhe ausgeführt.

Schaufzelt,

27 m lang, 11 m tief, mit gutem Holzwerk und fast neuer Plane, ist billig zu verkaufen.

Näheres Krausenstr. 3 im Kontor.

Cakes, Biscuits, Waffeln,

deutsch und englisch.

A. Krantz Nachf., Gr. Steinstr. 11. Fernspr. 2064.

Eildampfer-Verladung Hamburg-Halle a/S.

Mein Frachtdampfer „Halle" ladet bis zum 16. d. Mts. in Hamburg; Güter, welche bis zum 14. huj. überwiesen sind, finden noch mit dieser günstigen Gelegenheit prompte Verladung. — Ueberweisungen nehmen entgegen:

Heinr. Heisterbergk in Hamburg,
August Mann in Halle a/S.

Halle a/S., den 12. Januar 1902.

Firma August Mann.

Kleeblatt-Butter

Stück

60 Pfg.

— D. R. W. —

Mehr denn je entspricht die von mir unter dem Namen Kleeblatt-Butter verkaufte Tafelbutter den Anforderungen, die an erstklassige Butter gestellt werden dürfen. —

Würziger Wohlgeschmack, feiner Geruch, gutes Aussehen und vorzügl. Streichfähigkeit zeichnen diese Butter aus. —

Wollen Sie sicher sein, eine wirklich feine Butter auf Ihren Tisch zu bringen, so versuchen Sie es mit Kleeblatt-Butter.

F. H. Krause,

Gr. Ulrichstr. 44
Leipziger Str. 23
Alter Markt 18
Gr. Steinstr. 39
Thomasiusstr. 40
Steinweg 24
Bernburger Str. 16
Giebich., Burgstr. 7.

Russische und Harburger

Gummischuhe,

auch mit Sparoeneinschnitten für Offiziere empfiehlt

Otto Blankenstein,

36 Ob. Leipz. Str. 36 (Bischorr-Bräu).

Zu Hühneraugen- und Nägeloperationen

empf. sich auf Grund langjähr. Erfahr.

Fritz Rammelt

(Ecke's Nachflg.), Königstr. 23.

Restaurations-Möbel,

als: Tische, Stühle, Sophas, Billards 2c. sind Krausenstraße 3 billig zu verkaufen.

Otto Knoche, Konkursverwalter.

Sparsame Hausfrauen

verwenden für Wäsche und Hausbedarf mit Vorliebe

Elfenbein-Seife ✿ ✿ ✿

✿ ✿ ✿ **Veilchen-Seifenpulver**

Marke **„Elefant"** von

Günther & Haussner,

Chemnitz-Kappel.

In fast allen Materialwaaren-, Drogen- und Seifen-Geschäften zu haben.

Gänzl. Ausverkauf

wegen vollständiger Auflösung meines Geschäfts zu jedem annehmbaren Preise:

Lampen f. Gas u. Petroleum in größter Auswahl, Glas-, Porzellan- und Steingutwaaren, Luxuswaaren, Emaille-, Holz- u. Bürstenwaaren sowie sämmtl. Haus- u. Küchengeräthe.

Heinr. Jacoby, Große Ulrichstr. 16.

Hypotheken-Kapital

in jeder Höhe auf **gute 1. Hypotheken** für Halle und Vororte habe ich für sofort oder später **auszuleihen.**

Bank-Commission.

M. Oberlaender, Gr. Ulrichstr. 27. Telephon 1149.

Hypotheken-Verkehr für Instituts- und Privatgelder.

DAVID'S MIGNON-KAKAO

pr. Pfd. Mk.: 1,60, 1,80, 2,00 u. 2,40

ist an Reinheit und Wohlgeschmack unübertroffen.

FR. DAVID SÖHNE, HALLE A. S.

Auctionen.

Auction.

Dienstag, den 14. d., Nachm. 2 Uhr versteigere ich Geiststr. 39 neg. Waaren: Kleiderschreiär, Kleiderschränke, Schreibschreiär, Waschtisch mit Marmorpl., Spiegel m. Spiegelschr., Küchenschrank, Tische, Regulator, Zither 2c. 2c.

J. Stemmler,

gerichtl. vereid. Taxator u. Auctions-Commissar, Kl. Ulrichstr. 32.

Oeffentlicher Verkauf.

In einer Streitsache verkaufe ich am **Donnerstag den 16. d. Mts. Vormittags 9 Uhr** im Saale des **Hall. Vereins für Getreide- und Produkten-Handel**

1600 Centner Gerste

öffentlich meistbietend.

C. Kösewitz, vereid. Handelsmakler.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: H. Wechsung in Halle. Halle Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020113010/fragment/page=0004